
Buchbesprechungen

Norbert Elias: Studien über die Deutschen, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989, 555S., 48-DM

Das Buch entstand aus verschiedenen bereits veröffentlichten aber auch bisher noch unveröffentlichten Beiträgen des Autors aus den 20 Jahren zwischen dem Beginn der sechziger und dem der achtziger Jahre. Es handelt sich um Folgearbeiten zu seiner großen Untersuchung über den Zivilisationsprozeß im mittelalterlichen Frankreich. Daß es hochaktuell ist, hängt nicht nur mit dem Zerfall des realsozialistischen Systems und der damit vehement (wieder) aufgenommenen Wiedervereinigungsdiskussion in West- und Ostdeutschland und deren überwiegend kritischen Begleitung in Europa zusammen. Vielmehr ist die von Elias benutzte Methode der historischen Distanzierung („der auf große Entfernung eingestellten Optik des Beobachters“) erst der Garant für eine die kurzfristigen politischen Konjunkturen überdauernde Forschungsperspektive und entsprechende Forschungsergebnisse.

Es geht um Ereignisse von epochalem Charakter. Die sozialisatorische Einübung der Individuen in verinnerlichte Verhaltensnormen im Zuge der Entwicklung einer bürgerlichen Kultur ist ein mehrere Generationen überdauernder Vorgang, der zudem von vielen Brüchen und Rückfällen durchzogen ist. Damit sind wir bei den beiden Hauptthemen des Buches: Das Verhältnis von gesellschaftlichem Zwang und dessen Enkulturation über die individuelle Ausbildung einer bürgerlichen Moral (im Unterschied zum feudalen Ehrbegriff) und die historisch gewendete Untersuchung dieses Prozesses am Beispiel des staatlichen Gewaltmonopols und der Veränderungen des Stellenwerts von Nationalismus im emotionalen und rationalen Verhaltenskanon von Individuen des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts. Elias wendet - vereinfacht gesagt - bei diesen Untersu-

chungen die Freud'sche Begriffstria von Es-Ich-Überich auf gesellschaftliche Prozesse an, wobei die Überich- beziehungsweise Wir-Instanz dem Staat mit seinen entsprechenden Sanktions- und Gratifikationsmöglichkeiten entspricht. Daß diese Methode fruchtbar ist und Erkenntnisgewinn bringt, kann exemplarisch den Ausführungen zum extremen Verhältnis von Es-Ich- und Wir-Instanz im Nationalsozialismus entnommen werden: „Die beinahe totale Gleichschaltung des deutschen Volkes im Rahmen des Hitlerregimes erklärt sich nicht allein aus den Zwangsmitteln gegenüber Nicht-Angepaßten, die den damaligen Machthabern zur Verfügung standen; sie erklärt sich vor allem daraus, daß der Nationalsozialismus seinen Anhängern für die - oft schweren - Versagungen, die sie in seinem Dienste auf sich nahmen, hohe, lustbetonte Belohnungen versprach. Denen, die den Befehlen des Führers gehorchten, winkten der hohe Preis, als Mitglieder der neuen Elite Europas, eines neuen Adels, über alle anderen Völker Europas zu herrschen. [...] Der Befehl des Führers, mit anderen Worten, trat bei dieser Staatsstruktur in allen politischen Angelegenheiten an die Stelle des persönlichen Gewissens.“ (S. 377 f).

Die nationalsozialistische Diktatur ist also zivilisations-soziologisch gesprochen eine politisch effiziente Mischung von Nationalsozialismus und Selbstliebe unter kulturellen Regressionsbedingungen. Die Gründe für den Erfolg dieser brisanten Mixtur liegen nach Elias letztlich in der späten und „von oben“ (dem Adel) erreichten Nationenbildung des Deutschen Reiches durch zwei gewonnene Kriege, nachdem der bürgerliche Versuch dreißig Jahre vorher kläglich gescheitert war. Traumatisch wirkte sich dann für die Es- und Ich-Struktur vieler Deutschen die Zerschlagung dieses Reichs im ersten Weltkrieg aus. Vor diesem Hintergrund ist auch der weiße

Terror der Freikorps mit ihrer Interessenidentität zwischen den Generationen als Vorbereitung des manifesten Nationalsozialismus zu verstehen.

Im Unterschied dazu führte ein Generationskonflikt zusammen mit der defizitären Identifikation mit dem nun bürgerlichen Staat im Extremfall zu einem Terror linker Provenienz in der Bonner Republik, dessen Untersuchung der abschließende, aktuellste Teil des Buches gewidmet ist. Auch hier zieht Elias historische und internationale Vergleiche und schält so die Essenz der bundesrepublikanischen Besonderheiten bei der Herstellung eines emotional und rational befriedigenden Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft aufgrund spezifischer Tradition und einer spezifisch geographisch-politischen Situation in der Mitte Europas heraus. Damit sind wir bei der sicher wichtigsten, konkret-praxisbezogenen Leistung des Buches. Die aufgrund der neuen politischen Umstände wieder aufgeflamte deutsche Nationalismus-Diskussion ist - so zeigt es die Untersuchung Elias - historisch von zu hoher Brisanz und zu stark in das komplizierte Beziehungsgeflecht zwischen Individuum, Staat und Gesellschaft eingebunden, als daß man hier mit unreflektiertem Voluntarismus politisch zu Werke gehen dürfte. Die „Studien über die Deutschen“ machen vielmehr unmißverständlich unsere besondere Verantwortung vor der europäischen Geschichte deutlich, zeigen die Gründe für unsere historischen Defizite in dieser Frage und führen uns - wenn wir es nur wollen - zu einem rationalen, sensiblen und vor allen Dingen prozeßhaften Verständnis der neuen nationalen Lage, die ein vorschnelles, auf Emotionen abgestelltes Handeln kategorisch ausschließt.

Wolfgang Lecher,
Düsseldorf

Oskar Negt, Christine Morgenroth, Heiko Geiling, Edzard Niemeyer: Emanzipationsinteressen und Organisationsphantasie. Eine ungenutzte Wirklichkeit der Gewerkschaften? Bund-Verlag, Köln 1989, 384 S., 29,80 DM

Die Gewerkschaften befinden sich gegenwärtig in einem tiefgehenden Umbruch, der sie zur erneuten Definition ihres politischen Selbstverständnisses herausfordert. Verstärkt wird dieser Zwang zur Rückbesinnung auf die eigenen politischen Werte durch die Entwicklungen von historischer Dimension in den Ländern ehemals sowjetisch-sozialistischen Typs. „Die Ortskartelle des DBG, gewerkschaftliche Organisationsformen, die ganz unten in der Entscheidungshierarchie stehen, keine satzungsgemäße Verankerung haben, wenig Rechte und fast kein Geld, nehmen bereits heute in ihrer Alltagspraxis gewerkschaftliche Aufgaben wahr, die für die Zukunft der Gewerkschaften insgesamt von Bedeutung sein werden“ (S. 11). Die Anforderungen an die Arbeit der Ortskartelle erzwingt eine „faktische Erweiterung des Interessenbegriffs“. Dies ist der zentrale Befund des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten, interdisziplinären Forschungsprojekts zur möglichen Erweiterung des sozialkulturellen Handlungsfeldes gewerkschaftlicher Politik.

Bundesweit existieren 1 275 Ortskartelle, von denen das Projekt 10 Prozent für die Erhebung auswählte. Mit 114 untersuchten Ortskartellen (Telefoninterviews und Gruppendiskussionen) haben die Forschungsergebnisse einen hohen Aussagewert. In einem ersten Untersuchungsteil zeigen die Autoren, wie erfolgreiche Interessenvertretung durch das Selbstverständnis der Gewerkschaften blockiert wird. Am Beispiel des Organisationsverhaltens von Frauen und Jugendlichen zeigt Christine Morgenroth überzeugend, wie diese Blockierungen durch eine Erweiterung des Interessenbegriffs aufgelöst werden können. In einem zweiten Teil stellt das Autorenteam die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zum Verhältnis von

betrieblicher und außerbetrieblicher Interessenvertretung in der Arbeit der DGB-Ortskartelle vor. Die wichtigsten Untersuchungsergebnisse diskutiert Oskar Negt in einem einleitenden Essay, der auch selbständig gelesen werden kann.

Die Arbeitsergebnisse von Negt, Morgenroth, Geiling und Niemeyer verdienen eine breite Aufnahme in den Gewerkschaften. Ihr Bericht setzt weitreichende Impulse für die Praxis und wirft ebenso weitreichende theoretische und methodische Fragen für die Gewerkschafts- und Verbändeforschung auf. Stehen die Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Interessenvertretung vor einem Paradigmawechsel? Der Begriff „Erweiterung sozialkultureller Handlungsfelder“ ist unzutreffend, könnte er doch nahelegen, daß es um die Eröffnung neuer Politikfelder gehe. Stattdessen machen die Autoren im empirischen Teil mehrfach deutlich, daß es ihnen um einen anderen Politikstil um ein gewandeltes Politikverständnis und um eine „Öffnung des sozialen Raumes“ gewerkschaftlicher Interessenvertretung geht: „Hautnähe“ und Kooperation mit etablierten und nichtetablierten Interessenorganisationen sind die Charakteristika. Wenn dieses Projektergebnis weitergehende Gültigkeit hat, dann ist der skizzierte Entwurf zukünftiger gewerkschaftlicher Politik nicht zwingend an das lokale Organisationsprinzip der Ortskartelle gebunden, sondern ist ebenso übertragbar auf die Politik der Einzelgewerkschaften mit ihrer betrieblichen Orientierung. Der Nachweis, daß Emanzipationsinteressen eine durch das vorherrschende Politikverständnis der Gewerkschaften „ungenutzte Wirklichkeit“ sind, ist den Autoren gelungen: Sozialutopien als „Realitätsmacht“ gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Wie lassen sich nun aber in der Arbeit der Vertrauensleute sowie der Betriebs- und Personalräte Emanzipationsinteressen für die gewerkschaftliche Interessenvertretung mobilisieren? Solange der entsprechende Nachweis für diesen Kernbereich gewerk-

schaftlicher Interessenvertretung aussteht, kann meines Erachtens berechtigterweise nicht von einem sich bereits faktisch vollziehenden Paradigmawechsel des gewerkschaftlichen Politikverständnisses gesprochen werden. Der Forschungsbericht bietet aber einen schlüssigen Entwurf eines dazu notwendigen neuen Politikverständnisses. Dieser Vorschlag zur Wiedergewinnung des politischen Mandats der Gewerkschaften verdient Beachtung.

Hans Spitzeck,
Berlin

Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1989, 528 S., DM 24,80

Unbestritten sind die Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Politik in Deutschland in den letzten Jahren wesentlich schwieriger geworden. Vielfach wird undifferenziert eine Krise der Gewerkschaften („Dinosaurier des Industriezeitalters“) konstatiert oder gar vom Ende der Arbeiterbewegung insgesamt gesprochen. Unter der „Wenderegierung“ haben die Gewerkschaften den geringsten Einfluß auf die Regierungspolitik seit den Zeiten der Großen Koalition; die schon jahrelang anhaltende Massenarbeitslosigkeit schwächt die gewerkschaftliche Kampfkraft, die zusätzlich durch eine expansive Aussperrungspolitik der Arbeitgeber getroffen werden soll. Die Gewerkschaften haben Schwierigkeiten auf die Strukturveränderung in der Erwerbsbevölkerung - 1987 gab es prozentual auf 100 Erwerbstätige erstmals mehr Angestellte als Arbeiter - adäquat zu reagieren und für die steigende Zahl der Angestellten und Beamten interessengerechte Lösungen in einem gewerkschaftlichen Gesamtkonzept anzubieten. „Noch immer entspricht die Mitgliederstruktur der DGB-Gewerkschaften der Erwerbsstruktur der fünfziger Jahre“ stellt Schneider (S. 357) fest. Organisa-

tionsprobleme bei den Frauen sind neben der zunehmenden Zahl an vor allem von Frauen besetzten Teilzeit- und Heimarbeitsplätzen auch auf deren noch völlig unzureichende Repräsentanz in Führungspositionen des DGB und der Einzelgewerkschaften zurückzuführen; auch bei der Organisation Jugendlicher haben die Gewerkschaften großen Nachholbedarf. Aufgaben und Probleme, die für die Gewerkschaften durch die hausgemachte Glaubwürdigkeitskrise anfang der 80er Jahre (Stichwort „Neue Heimat“) nicht einfacher geworden sind. Dies gilt erst recht, denkt man an die rasant fortschreitende Computerisierung der Arbeitswelt oder an die (sozialen) Probleme des 1993 entstehenden EG-Binnenmarktes.

Was hat dies alles mit der „Kleine(n) Geschichte der Gewerkschaften“ zu tun? Konkrete historische Abläufe und Konstellationen lassen sich nicht unmittelbar als Handlungsanweisung auf heutige Situationen übertragen. Dennoch: „Gerade der Blick auf die Geschichte lehrt [...], daß nicht die gegenwärtige Arbeitsmarktkrise, nicht die antigewerkschaftlichen Krisenkonzepte und auch nicht der Einflußverlust der Gewerkschaften ‚neu‘ sind. [...] Und zweitens haben sich die Gewerkschaften in der Geschichte als überaus wandlungsfähig erwiesen; sie haben sich an veränderte Rahmen und Kampfbedingungen angepaßt, ohne den Kern ihrer Zielvorstellungen aufzugeben [...]“ und, so fährt Schneider in seinem Fazit fort, können auch Angestellte „aus der Frühzeit des industriellen Kapitalismus lernen, was es für die Arbeitnehmer heißt, ohne gewerkschaftliche Organisation den ‚Deregulierungs‘- und ‚Flexibilisierungs‘-Strategien der Arbeitgeber ausgeliefert zu sein.“

Michael Schneiders Band bietet einen vorzüglichen Überblick über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Sie ist auch für Interessenten, die sich erstmals mit diesem Thema beschäftigen, verständlich geschrieben; Schneider bietet in einem über 100 Seiten umfassenden Anhang wesentliche Dokumente aus der fast 150jährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zur Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, über wirtschaftliche Arbeitskämpfe, Reallohn- und Arbeitszeitentwicklung.

Im Rückblick stellt er den mühsamen, immer wieder mit Rückschlägen verbundenen Weg zur Herausbildung gewerkschaftlicher Massenorganisationen und deren Eintreten für soziale Gerechtigkeit, freiheitliche Demokratie und internationale Zusammenarbeit heraus, um andererseits auch Fehler, Schwächen und Irrtümer der Gewerkschaftsbewegung ebenso klar zu bezeichnen: Burgfriedenspolitik 1914-1918 und der hilflose Anpassungskurs 1933 sollen als Beispiele genügen.

Gut ein Drittel des Textteils ist der Entwicklung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik - die Sonderentwicklung in der DDR wird nicht behandelt - gewidmet. Etwas ausführlicher hätte Schneider hier auf die Kulturarbeit oder besser die Defizite in der Kulturarbeit der Gewerkschaften nach 1945 eingehen können, streiten läßt sich auch über manche Wertung in diesem Buch. Trotzdem: Zur Zeit gibt es keine bessere, leicht lesbare Gesamtdarstellung der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Joachim Heinz,
Dudweiler

Herausgeber: Bundesvorstand des DGB, Redaktion: Hans O. Hemmer (Chefredakteur, verantwortlich), Stephan Hegger, Hans-Böckler-Straße 39, 4000 Düsseldorf 30, Telefon 0211/4301400402; Postanschrift: Postfach 2601, 4000 Düsseldorf 1, Fax 0211/4301471, Fernschreiber 8584822a. Bund-Verlag GmbH, Postfach 900840, SOOO Köln 90, Telefon 02203/30030, Fernschreiber 8873362; Verlagsleitung: Dr. Eberhard Lopau, Druck: Industriedruck Krefeld, Verantwortlich für Anzeigen: Hartmut Griesbach. Vierteljahresabonnement: 27,- DM (Studentenpreis: 21,-), Einzelheft 9,- DM einschließlich 7% Umsatzsteuer, Abbestellungen zum Jahresende mit Sechswochenfrist. Die zur Abwicklung von Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet. ISSN 0016-9447.